



Schule in Schlatkow

DORFSCHULEN WERDEN GESCHLOSSEN, ASYLANTENHEIME ERÖFFNET

Im Kreistag forderte die NPD-Fraktion ein Frühwarnsystem gegen Schulschließungen. Oftmals wird eine Dorfschule mit der Begründung aufgegeben, im Laufe der Jahre sei die Bausubstanz verrottet.

So weit darf es aber gar nicht kommen. Schon wenn sich die ersten Schäden und Mängel zeigen, müssen Kreistag und Öffentlichkeit informiert werden. Dann kann man noch etwas zur Rettung des

Gebäudes unternehmen. Die „Kleine Grundschule auf dem Lande“ in Schlatkow bei Züsow soll nun zum Ende des Schuljahres 2015/16 dicht gemacht werden, weil eine Renovierung zu teuer wäre. Jahrelang hat man die Schule verfallen lassen.

Schließlich war es so weit, dass die Fenster nicht mehr geschlossen werden konnten, die Turnhalle nicht mehr zu heizen war und überhaupt von Baufälligkeit gesprochen werden musste. Notwendige

Reparaturen wurden so lange nicht vorgenommen, bis es zu spät war. Vor der Schließung steht auch die Förderschule Behrenhoff.

Das Dorfschulensterben geht immer weiter. Mit der Folge, dass die Kinder längere Schulwege auf sich nehmen müssen. Junge Eltern verlassen womöglich die Dörfer, Handwerker verlieren Aufträge. Alles nur, weil das Geld, das man für die Dorfschulen benötigt, für Asylantenheime ausgegeben wird. In

Torgelow-Drögeheide wurde ein Neues eröffnet. In Anklam ist das frühere Pflegeheim als mögliches Asylantenheim im Gespräch.

Die NPD-Fraktion war vor Ort in Schlatkow und Drögeheide. Auch im Kreistag wird sie weiterhin gegen diese Missstände kämpfen.

Fraktion vor Ort
QR-Code
einscannen und
Video ansehen.



600.000 EURO FÜR ASYLANTEN IM MONAT

Der Landkreis wendet im Augenblick jeden Monat 600.000 Euro für Asylanten auf.

Er muß diesen happigen Betrag erst einmal ausle-

gen, bevor er ihn von der Landesregierung zurück bekommt.

Das Geld kommt so oder so vom deutschen Steuerzahler. Während für die ach

so kostbaren Zuwanderer unbegrenzte Mittel vorhanden sind, werden deutsche Hartz-IV-Empfänger gezwungen, ihre Grundstücke zu verkaufen, wenn diese ein paar Quadratmeter zu

groß sind. Renten werden besteuert, und beim Zahnarzt müssen Zuzahlungen geleistet werden.

Es sei denn natürlich, man ist Asylant.



FRAKTION VOR ORT:

Asylantenheim Torgelow-Drögeheide

In den vier Asylantenheimen des Landkreises gab es in diesem Jahr mit dem Stichtag 1. Oktober sage und schreibe 108 Polizeieinsätze.

Dabei ging es um Delikte wie den illegalen Besitz von Betäubungsmitteln (Drogen), Sachbeschädigung, Verstoß gegen das Sprengstoffgesetz, Diebstahl, gefährliche Körperverletzung, Bedrohung, Hausfriedensbruch,

Beleidigung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. All diese Straftaten beginnen Asylanten untereinander oder zu Lasten Dritter.

Dagegen fallen Straftaten von außen gegen Asylantenheime gar nicht ins Gewicht, auch wenn die Medien das gewöhnlich anders darstellen. Da das Asylheim in Drögeheide einen Schwerpunkt der Polizeieinsätze stellt, hat sich die NPD-Fraktion dort einmal

gründlich umgesehen. Zudem besuchte sie auch das kurzfristig zum Asylantenheim umfunktionierte Ferienlager Plöwen bei Pasewalk.

Wie gewohnt, wurden beide Besuche video-dokumentiert und können auf dem Youtube-Kanal der Fraktion angesehen werden.

Polizeieinsätze in den Zentralen Unterkünften des Landkreises			
ORT	EINSÄTZE	GEWALTATEN	SONSTIGE*
Torgelow	58	9	49
Wolgast	28	6	22
Greifswald	7	2	5
Anklam	15	2	13

* Darunter Nötigung, Drogen, Diebstähle, Ruhestörung, Bedrohung usw.



Die NPD-Fraktion setzte sich dafür ein, dass das Jobcenter Vorpommern-Greifswald Nord auf der Insel Usedom eine Geschäftsstelle beibehalten sollte.

Die Filiale in Koserow musste wegen nicht behebbaren Mängeln, die die Sicherheit von

Personal und Besuchern gefährdeten, aufgegeben werden. Sollten sich jetzt aber die betroffenen Bürger immer zur Wolgaster Geschäftsstelle begeben müssen, wäre das insbesondere für die Aufstocker unzumutbar.

Diese Leistungsbezieher arbeiten in der Saison zumeist

in der Tourismusindustrie für niedrige Löhne und haben gar keine Zeit für lange Fahrten.

Ein weiterer Missstand, den die NPD-Fraktion demnächst aufgreifen wird, besteht darin, dass Hartz-IV-Empfängern nicht selten die Bestätigung des Eingangs ihrer Anträge

oder Widersprüche verweigert wird. Manchmal werden auch Stempel ohne Datumsangabe verwendet, so dass die Leute den rechtzeitigen Zugang ihrer Schreiben nicht beweisen können.

Es bleibt dann nur noch das Einschreiben mit Rückschein, das aber nicht billig ist.

ZUM ARBEITSGERICHT JETZT NACH STRALSUND ODER NEUBRANDENBURG

Früher haben die Arbeitsgerichte Stralsund und Neubrandenburg noch Gerichtstage in Anklam und Pasewalk angeboten. Sprich, wer in einer der beiden Städte oder in deren Umgebung wohn-

te, musste keine Weltreise unternehmen, wenn er zu einer arbeitsgerichtlichen Verhandlung geladen war.

Das ist jetzt leider vorbei. Die Gerichtstage wurden im Zuge der so genannten

„Gerichtsstrukturreform“ abgeschafft.

Für die betroffenen Bürger bedeutet das eine erhebliche Mehrbelastung. Der ländliche Raum gerät dadurch noch mehr ins

Abseits. Einzig und allein die NPD-Fraktion macht diesen Skandal öffentlich und wird das Thema demnächst auch im Kreistag zur Sprache bringen. Wir werden sie weiterhin über dieses Thema informieren.

WIE DIE ASYLANTENFLUT IM LANDKREIS VERTEILT WIRD

Im Sozialausschuß des Kreistages hat die Verwaltung schon einmal vorläufige Zahlen zur Verteilung von Asylanten auf die einzelnen Gemeinden vorgelegt.

Diese sind nicht in Stein gemeißelt und können jederzeit korrigiert werden, aber vermutlich nach oben. Wir reden hier von Mindestzahlen. Insgesamt erwartet der Landkreis wenigstens 1200 mehr oder weniger echte „Flüchtlinge“ im Jahr 2015.

Das Amt Am Peenestrom darf sich nach dem aktuellen Verteilungsschlüssel schon einmal auf 57 Ausländer gefasst machen.

So weit uns bekannt ist, gibt es vor allem in Wolgast und Lassan noch Leerstand. Wer

dort eine Wohnung sucht, sollte jetzt zuschlagen. Sonst ist es zu spät, denn Fremde haben Vorrang vor Deutschen in der BRD.

Die Stadt Anklam muß weitere 50 Asylanten aufnehmen, Greifswald 236, Heringsdorf 39, Pasewalk 44, Strasburg 21, Ueckermünde 37. In Heringsdorf gibt es aber keinen freien Wohnraum. Dort wird man gegebenenfalls Deutsche ersuchen müssen, ihre Wohnungen zu räumen und anderswo hinzuziehen. In Wolgast ist ja Ähnliches tatsächlich geschehen.

Auf das Amt Stettiner Haff kommen 45 Personen zu, die deutsche Steuergelder beanspruchen werden, im Amt Anklamer Land werden es 46 sein, im Amt Jarmen-Tutow 31, im Amt Lubmin 46, im

Amt Landhagen 44, im Amt Löcknitz-Penkun 48 (zusätzlich zu all den Polen, die sich da schon angesiedelt haben), im Amt Peenetal/Loitz 27, im Amt Torgelow-Ferdinandshof 54, im Amt Uecker-Randow-Tal 32, im Amt Usedom-Nord 39, im Amt Usedom-Süd 51 und im Amt Züssow 53.

Bei der Zuteilung wird sehr auf Komfort geachtet. Diese Asylanten sind wesentlich anspruchsvoller als unsere Flüchtlinge aus Pommern, Ostpreußen, Schlesien und Ost-Brandenburg. Letztere waren froh, ihr nacktes Leben gerettet zu haben.

Die Herrschaften aus Syrien, Afghanistan oder Afrika verlangen Infrastruktur, besonders Einkaufsmöglichkeiten. Wirtschaftsflüchtlinge eben.

STASI-ÜBERPRÜFUNG IM KREISTAG NACH NPD-INITIATIVE

Nachdem der Geschäftsführer des Städte - und Gemeindetages in Mecklenburg-Vorpommern, Michael Thomalla, über seine Stasi-Vergangenheit gestolpert war, hielt es die NPD-Fraktion für angebracht, im Kreistag eine weitere Stasi-Überprüfung zu beantragen.

Die CDU-Fraktion reagierte darauf mit einem eigenen, etwas umfangreicheren Antrag, so dass über diesen abgestimmt wurde.

Die Initiative der „Schwarzen“ fand glücklicherweise eine Mehrheit. Denn es kann durchaus noch mehr Thomallas geben.

DIE POLIZEI SOLL BESSER ÜBER AUSLÄNDERKRIMINALITÄT BERICHTEN

Ein blindes Huhn findet auch mal ein Korn. Das gilt auch für den sonst eher orientierungslos herum stolpernden und mit der Wahrheit und der Pflicht, seine Leser ordentlich zu informieren, nicht selten auf Kriegsfuß stehenden „Nordkurier“, ehemals „Freie Erde“.

Das Blatt kritisierte zu Recht die Öffentlichkeitsarbeit des Polizeipräsidiums Neubrandenburg. Die NPD-Fraktion griff diesen Gesichtspunkt auf und beantragte, daß der Kreistag die Behörde auffordern solle, der Presse tägliche Berichte über Poli-

zeiinsätze zur Verfügung zu stellen, die Gewaltdelikten sowie solchen Straftaten gelten, die typisch für die Grenzkriminalität sind, Einbrüchen und Diebstählen.



Auf ein besonders drastisches Beispiel machte der Abgeordnete Tino Müller in seiner Einbringungsrede aufmerksam. In Greifswald war im September eine junge deutsche Frau brutal vergewaltigt worden. Ohne nachvollziehbare Gründe wurde die Tat ganze 4 Tage lang von der zustän-

digen Pressestelle der Polizei verschwiegen. Weder wurden die Bürger vor der Gefahr, die von dem Täter ausging, gewarnt, noch bat man sie um ihre Mithilfe bei der Aufklärung des Verbrechens.

Als die Öffentlichkeit endlich informiert wurde, verlor der Staat aber kein Sterbenswörtchen über die Nationalität des Täters. Diese musste Tino Müller, der auch im Landtag sitzt, in einer Kleinen Anfrage der Obrigkeit förmlich entreißen.

Und die sehr widerstrebend erteilte Antwort lautete: Der Täter war ein Asylant aus Af-

rika, aus Eritrea, um genau zu sein. Wenn ein Ausländer nur schief angesehen wird, ist das Schlagzeilen wert. Wie man Anfang November sehr gut in Anklam erleben konnte, als drei Asylanten am Anklamer Bahnhof „brutal zusammengeschlagen“ worden sein sollen. Dann schrillt der Rassismusalarm lautstark los.

Deutsche Opfer krimineller Ausländer hingegen passen nicht ins Bild. Offiziell wird die Ausländerkriminalität genauso verharmlost oder gar ganz unterschlagen wie zu DDR-Zeiten die Straftaten von Sowjetsoldaten.





Wirbel um das Kirchenasyl

St. Petri-Kirche in Wolgast

Großen Aufruhr gab es, als die NPD-Fraktion im Kreistag Kritik am Kirchenasyl auf die Tagesordnung setzte. In Wolgast hatte die St. Petri-Gemeinde nämlich einen Afrikaner aufgenommen, der nicht das geringste Recht hatte, sich in Deutschland aufzuhalten.

Deshalb beantragte die NPD-Fraktion: „Der Kreistag fordert die evangelische Kirchengemeinde St. Petri in Wolgast auf, sich an die geltenden Gesetze zu halten und auf rechtswidrige Maßnahmen wie das Kirchenasyl jetzt und in Zukunft zu verzichten.“

Der Afrikaner war in seinem Heimatland Mali nicht verfolgt worden. Er war über die Niederlande nach Deutschland eingereist, die nach dem Dublin-III-Abkommen damit auch für die Bearbeitung seines Asylantrags zuständig

waren. Daher verfügte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge seine Abschiebung.

Mit dem hiergegen gestellten Eilantrag vor dem zuständigen Verwaltungsgericht scheiterte der Mann, so dass seine Überstellung in die Niederlande rechtlich zwingend war.

Darüber hatte sich die Kirchengemeinde St. Petri in einem Akt rechtsfeindlicher Anmaßung hinweg gesetzt. Sie stellte sich gegen geltendes Recht. Humanitäre Aspekte spielten in dem Fall keine Rolle.

Der Afrikaner sollte nicht ohne Wasser in der Wüste ausgesetzt werden, sondern in die Niederlande ausreisen, die nicht gerade als Schurkenstaat oder Elendsgebiet bekannt sind. Es gibt schlimmere Schicksale. Die etab-

lierten Parteien lehnten den Antrag ab.

Die Gemeinde bot dem Scheinasylanten weiter Obdach, ohne dass der Staat eingriff und dessen Abschiebung durchsetzte.

Auch hier sah sich die NPD-Fraktion vor Ort um.



QR-Code
einscannen und
Video ansehen.

Landkreis leistet sich "Integrationsbeauftragten"

In der neuen Hauptsatzung, die dem Kreistag in seiner Juli-Sitzung zur Abstimmung vorlag, ist nun auch ein „Integrationsbeauftragter“ vorgesehen. Der soll zwar ehrenamtlich arbeiten, erhält aber trotzdem eine „Aufwandsentschädigung“ von 230 Euro im Monat.

Nichts ist in dem verschuldeten Kreis überflüssiger als dieser Integrationsbeauftragte. Daher stellte die NPD einen Änderungsantrag zur Hauptsatzung mit der Forderung, diesen Multi-Kulti-Posten ersatzlos zu streichen. Dieser Antrag wurde abgelehnt und der Satzung einzig mit den Gegenstimmen der NPD zugestimmt.

FRAKTION AUF YOUTUBE

Informieren Sie sich aus erster Hand über die NPD-Fraktion und besuchen Sie unseren Fraktionskanal auf Youtube:



www.youtube.com/user/NPDFraktionVG

INFOGUTSCHEIN



**NPD-Kreistagsfraktion
Vorpommern-Greifswald**
Pasewalker Str. 36
17389 Anklam



kreistagsfraktion-vg.npd-mv.de
facebook.com/NPDFraktionVG



03971 - 24 11 83
FAX 03971 - 24 11 83



kreistagsfraktion-vg@npd-mv.de

Ich bin an Ihrer Arbeit interessiert. Bitte schicken Sie mir kostenlos Informationsmaterial.

Bitte nehmen Sie mich in Ihren Informationsverteiler auf.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Post

Telefon

